

Die Zeit drängt

Klimaschutz: Kyoto-Protokoll soll nur der Anfang sein

Von Joke Waller-Hunter

Eine der wichtigsten Aufgaben weltweit ist es, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern. Die Wissenschaft weist auf die Dringlichkeit des Problems hin und liefert die Grundlagen, um mit dem Ausstoß von Treibhausgasen und den Folgen des Klimawandels umzugehen. Das am 16. Februar in Kraft getretene Kyoto-Protokoll stellt dabei einen entscheidenden Schritt zur Treibhausgasreduktion dar. Es liefert den institutionellen Rahmen, um dieses globale Problem in Angriff zu nehmen. Indem sich das Kyoto-Protokoll marktwirtschaftliche Instrumente zunutze macht, erhalten die Reduktionsbemühungen zugleich eine wirtschaftliche Dimension.

Die Folgen des Klimawandels sind weltweit feststellbar. So wurden Veränderungen an den Polkappen, den Gletschern sowie bei den Niederschlagsmengen beobachtet. Umweltkatastrophen wie Trockenheit, Überflutungen und schwere Stürme nehmen zu. Die Hitzewelle, die Europa 2003 erlebte und durch die etwa 22.000 Menschen starben, ist ein weiteres Beispiel. Es sind Alarmzeichen, deren wirtschaftliche Risiken zur Folge haben, daß der Klimaschutz auch für Politik und Unternehmen inzwischen ganz oben auf der Agenda steht.

Zukunftsträchtige Klimapolitik

Am anfälligsten für die Folgen des Klimawandels sind die Entwicklungsländer, da sie stark von Land- und Forstwirtschaft abhängen und zudem große Defizite in den Bereichen Infrastruktur, Ressourcen und Gesundheitssystem aufweisen. Daher ist es eine der Hauptaufgaben internationaler Klimapolitik, diese Länder zu unterstützen. Die UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel, seit März 1994 in Kraft und von 189 Vertragsparteien unterzeichnet, ist international eines der wichtigsten und vielseitigsten Instrumente. Das Kyoto-Protokoll von 1997 hat die Basis für eine zukunftsträchtige Klimapolitik geschaffen, die von den meisten Unterzeichnern der Konvention getragen wird. Am 1. April 2005 haben 148 Vertragsparteien aus der ganzen Welt das Protokoll ratifiziert.

Im Kyoto-Protokoll werden den Industrieländern rechtsverbindlich Emissionsvorgaben für sechs Klimagase mit einem festen Zeitrahmen auferlegt. In einem ersten Verpflichtungszeitraum von 2008 bis 2012 ist vorgesehen, daß die Unterzeichnerländer ihre Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um fünf Prozent senken müssen. Das wird den Klimawandel nicht stoppen. Dennoch ist schon dies keine leichte Aufgabe. Neueste Erhebungen zeigen, daß sich der Emissionszuwachs in einigen Industrieländern bereits verlangsamt hat, in einigen ist der Ausstoß gar zurückgegangen. In Deutschland wurden die Emissionen unter anderem durch die wirtschaftliche Umstrukturierung der neuen Bundesländer im Vergleich zu 1990 um 18 Prozent gesenkt. Noch ist viel zu tun, doch machen diese ersten Schritte Mut, insbesondere wenn man die Trägheit von Wirtschaftssystemen bedenkt.

Moderne Technologien rund um den Klimawandel sind heute sowohl im Energiebereich als auch in anderen Wirtschaftssektoren verfügbar. Die Umsetzung der Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls wird weitere wichtige Erfahrungen auch in bezug auf die Kosten der Emissionsminderung bringen. Manche Maßnahme wird vielleicht am Ende weniger kosten als erwartet: Tatsächlich berichten inzwischen etliche Unternehmen, daß sich Technologien mit geringerem Kohlenstoffausstoß finanziell auszahlen. Der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und einigen anderen Ländern zeigt zudem, daß die Energieversorgung bei entsprechenden Anreizen umgestellt werden kann. Allerdings müssen die Alternativen weiter ausgebaut werden, um die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre dauerhaft zu verändern.

Die Implementierung des Kyoto-Protokolls wird Investitionen in neue Technologien attraktiver machen. Die einst kostenfreie Massenware CO₂-Emissionen ist durch das Protokoll zu einem wertvollen Wirtschaftsgut geworden. Für Unternehmen lohnt es sich jetzt, die Kosten für den Handel mit Emissionen mit den Aufwendungen für Investitionen in neue Technologien zur Reduktion zu vergleichen. So ist

Fortsetzung auf Seite 2

Die Zeit drängt

denn auch in der EU der Emissionshandel gerade erst am Entstehen. Ergänzend wird zudem der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) umgesetzt. Dabei werden Industrieländern Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern gutgeschrieben.

Industrieländer können, indem sie weniger entwickelte Länder bei ihren Nachhaltigkeitsbemühungen unterstützen, Gutschriften (Credits) erwerben, die sie wiederum zur Erreichung der Ziele des Protokolls einsetzen können. Schon 2012 könnte der CDM-Markt laut Prognosen einen Umfang von 1250 Millionen Tonnen Kohlendioxyd erreichen.

Trotz allem: Die Klimakonvention und das Kyoto-Protokoll können nur die Grundlage für einen grundsätzlichen Sinneswandel zum Thema Klimaschutz liefern. Weitere Anstrengungen sind notwendig und auch möglich. Die Zeit drängt.

dennoch die Produktion aus heimischen Energiequellen bis 2020 nur um zwei Prozent pro Jahr zulegen. Daraus wird Rußland zunächst den Energiebedarf seines Binnenmarkts decken, der jährlich um rund 7 Prozent wächst.

Moskau treibt zudem mit der Fusion von Gasprom und Rosneft den Aufbau eines staatlichen Energiekonzerns von internationalem Format voran. Damit orientiert sich die Russische Föderation an China und Indien, wo jeweils staatliche Unternehmen die Öl- und Gaszufuhr regeln. Für diese politisch geschützten Energiemonopole spielt die kurzfristige Rendite eine

spielt am Kaspischen Meer, wo Ölreserven von rund 200 Milliarden Barrel vermutet werden. Dazu darf Europa allerdings nicht länger in Passivität verharren. Denn neben den Vereinigten Staaten betätigen sich auch Indien und besonders China in der Region. Daher sollten die europäischen Staaten ihre geographische Nähe sowie die bereits bestehenden Pipelines nutzen, um ihre Präsenz zügig auszubauen. Überdies sollte die EU mit Staaten in Afrika, im Nahen Osten und Lateinamerika über weitere Gaslieferungen verhandeln, um von russischer Energiezufuhr weniger abhängig zu sein.

Eine andere strategische Perspektive entsteht, wenn Europa seine Märkte für eine echte Partnerschaft mit Rußland öffnet.

Gasversorgung auf eine breitere Basis. Präsident Putin hat mehrfach betont, daß Rußland seine Rohstoffabhängigkeit verringern und die weiterverarbeitende Industrie stärker entwickeln möchte. Dafür benötigt Rußland Partner – eine willkommene Perspektive für die EU, nicht nur energiepolitisch.

Die Vorteile enger Zusammenarbeit liegen auf der Hand: Weitet die EU den Technologie- und Know-how-Transfer nach Rußland aus, nimmt die Verflechtung der Volkswirtschaften zu. Dies mehrt den Wohlstand auf beiden Seiten. Russische Energie im Tausch für europäisches Know-how: Diese Strategie trägt dazu bei, die energiepolitische Zukunft Europas zu sichern.

DIE AUTOREN



Werner
Bußmann



Matthias
Cord



Eric
Czotscher



Wolfgang
Falter



Florian
Haslauer



Michael
Heinze



Noé
van Hulst



Alexander
Keller



Dieter
Keller-Giessbach



Jobst
Klien



Gerd
Krieger



Joachim
Luther



Irm
Pontenagel



Joke
Waller-Hunter



Walter
Weskamp



Manfred
Wiegand

Werner Bußmann ist Wissenschaftsjournalist und Vorstand der Geothermischen Vereinigung e. V., Geeste (S. 6)

Dr. Matthias Cord ist Mitglied der Geschäftsleitung von A. T. Kearney im Bereich Energie- und Versorgungswirtschaft, Wien (S. 4)

Eric Czotscher ist Analyst und Redakteur am F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Frankfurt am Main (S. 5)

Dr. Wolfgang Falter ist Partner und Leiter des Internationalen Competence Centers Chemicals & Oil bei Roland Berger Strategy Consultants, Düsseldorf (S. 5)

Dr. Florian Haslauer ist Mitglied der Geschäftsleitung von A. T. Kearney im Bereich Energie- und Versorgungswirtschaft, Wien (S. 4)

Michael Heinze ist Senior Manager bei Mummert Consulting AG, Hamburg (S. 5)

Dr. Noé van Hulst ist Director Long Term-Cooperation and Policy Analysis der Internationalen Energie Agentur (IEA), Paris (S. 1)

Dr. Alexander Keller ist Principal bei Roland Berger Strategy Consultants, Düsseldorf (S. 5)

Dieter Keller-Giessbach ist Managing Consultant Energie & Utilities, Capgemini Deutschland GmbH, Berlin (S. 4)

Dr.-Ing. Jobst Klien ist Geschäftsführer Vattenfall Europe Contracting GmbH sowie Vorsitzender des „Contracting Forums“ im ZVEI, Hamburg (S. 2)

Gerd Krieger ist Projektmanager Energietechnik des VDMA Fachverband Power Systems, Frankfurt am Main (S. 2)

Prof. Dr. Joachim Luther ist Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE, Freiburg (S. 4)

Carsten Müller ist Senior Manager bei Mummert Consulting AG, Hamburg (S. 5)

Irm Pontenagel ist Geschäftsführerin von Eurosolar e. V., Bonn (S. 3)

Joke Waller-Hunter ist Exekutivsekretärin der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen für Klimawandel (UNFCCC), Bonn (S. 1)

Walter Weskamp ist kaufmännischer Geschäftsführer der G.A.S. Energietechnologie GmbH, Krefeld (S. 6)

Manfred Wiegand ist Partner und Global Utilities Leader bei PricewaterhouseCoopers, Frankfurt am Main (S. 2)

Walther Wuttke ist Ressortleiter Technik bei der Wochenzeitung Rheinischer Merkur, Bonn (S. 6)

Bernd Wöllner ist Vice President Capgemini Deutschland GmbH, Berlin (S. 4)

Der Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dankt den Autoren